

Grünes Ja zur EU-Verfassung

Für ein "oui de combat" in Sachen EU-Verfassung werden sich die Grünen aller Voraussicht nach im Januar auf ihrem statutarischen Kongress aussprechen. So jedenfalls lautet die Empfehlung der leitenden Gremien und der Europa-Fraktion. Gemeint ist damit eine positive Grundhaltung zum bestehenden Text. Der aber bleibt nach grüner Sicht in wesentlichen Punkten verbesserungswürdig. "Für uns ist der vorliegende Text kein Rückschritt, allerdings soll die Zustimmung auch nicht zu einem Jubel-Ja uminterpretiert werden", meint der grüne EU-Abgeordnete Claude Turmes. Nach der Zustimmung soll auch gleich ein "First Amendment" in die Wege geleitet werden, um Mängel im Text so schnell wie möglich zu beheben - ähnlich dem Verfahren bei der amerikanischen Verfassung vor über 200 Jahren. Auf nationaler Ebene wollen die Grünen eine Debatte im Parlament führen, noch bevor es zum Referendum kommt. Das könnte seinerseits im Umfeld des Europatags Anfang Mai 2005 stattfinden. Damit seien die Parteien gezwungen, schon im Vorfeld Farbe zu bekennen. "Die Kampagne zum Referendum sollte auch den Gegnern der vorliegenden Verfassung gleichberechtigte Ausdrucksmöglichkeiten bieten", so der Fraktionsvorsitzender François Bausch.

Jungesellen unter sich

"Es hat sich einiges geändert", sagt Emmanuel Cornelius von der Escher Stadtverwaltung. Er meint damit die Zustände in den Escher Asylbewerberheimen. Vor allem das Foyer in der Grand'rue hatte Ende vergangenen Jahres durch katastrophale hygienische Zustände Aufmerksamkeit erregt (woxx Nr. 727). Nun wird es nicht nur von einer Privatfirma rund um die Uhr bewacht; der Sicherheitsdienst ist zudem für die Essensausgabe zuständig. Nach Angaben von Christiane Martin vom Familienministerium wohnen in der Grand'rue nur noch Jungesellen (insgesamt 36). Die Familien wurden in den anderen beiden Escher Heime untergebracht. Die Grand'rue sei daher nur noch zur Hälfte belegt. "Die Bewohner müssen die Reinigungsarbeiten selbst ausführen. Das funktioniert jetzt ganz ordentlich", sagte Martin gegenüber der woxx. Die eigentlichen Renovierungsarbeiten stehen aber noch aus. So soll zum Beispiel ein Aufenthaltsraum mit Fernseher eingerichtet werden. "Eine sozio-kulturelle Betreuung, wie von uns gefordert, gibt es allerdings noch nicht", betont Emmanuel Cornelius. Was auch nicht zu funktionieren scheint, ist die Kommunikation mit der Polizei. Die suchte das Foyer nämlich kürzlich mit einer Razzia heim und nahm zwei Bewohner wegen Drogenhandels fest. Die Stadtverwaltung und das Familienministerium erfuhren davon aus der Presse.

Fonds mit doppeltem Boden

Nach der Abstimmung der russischen Duma am vergangenen Freitag kann das Kyoto-Protokoll demnächst in Kraft treten. Höchste Zeit also für Luxemburg, endlich die nötigen Voraussetzungen zur Reduzierung der Treibhausgase zu schaffen. Zwar gab Brüssel jetzt grünes Licht für die im Oktober nachgebesserte nationale Quotenverteilung an die großen Industriebetriebe, doch noch fehlt ein Finanz-Instrument, um das gesetzte Reduktionsziel (minus 28 Prozent bis 2012) zu erreichen. Dazu wird Umweltminister Lucien Lux der Chamber eine Gesetzesänderung vorschlagen, die einen "Fonds de financement des mécanismes de Kyoto" vorsieht. Dieser Fonds soll neben der Finanzierung nationaler Einsparvorhaben vor allem dazu dienen, den Quotenhandel auf internationaler Ebene zu betreiben. Sollte Luxemburg in einigen Bereichen sein Reduktionsziel nicht erreichen, kann es Ländern, die im Vergleich zu 1990 weniger Treibhausgase ausstoßen, Emissionsrechte abkaufen und sie an die Luxemburger Wirtschaft weiter veräußern. Vor allem in Phasen wirtschaftlichen Aufschwungs könnte so allerdings die Gefahr bestehen, dass der Emissionshandel - angesichts genügender Geldmittel - allzu leicht von der Hand geht. Der Anspruch des Umweltministers, eigenen Anstrengungen absolute Priorität einzuräumen, riskiert demnach nicht erfüllt zu werden.

Modern, von hoher Qualität und attraktiv auch für ausländische Studierende - so soll Luxemburgs Uni werden, meint Rolf Tarrach.

(Foto: privat)



NEUER REKTOR

"Eine Uni ist keine Diktatur"

woxx: *Herr Tarrach, Sie sind der neue Rektor der Uni Luxemburg. Was hat den Ex-Vize-Rektor der Uni Barcelona dazu bewogen, sich an einer Hochschule zu bewerben, die sich noch im Aufbau befindet?*

Rolf Tarrach: Gerade das finde ich attraktiv. Ich habe über 30 Jahre an verschiedenen Universitäten gearbeitet. Jetzt habe ich zum ersten Mal im Leben die Möglichkeit, meine eigenen Ideen zu verwirklichen, wie eine moderne Universität sein sollte - selbstverständlich im Rahmen der Gesetze und der lokalen Realität in Luxemburg.

Ihr verstorbener Vorgänger François Tavenas hatte sich zum Ziel gesetzt, eine Uni hoher Qualität zu etablieren. Werden Sie sein ideelles Erbe antreten?

Sicher. In Europa gibt es etwa 500 Hochschulen. Um auf diesem Markt zu bestehen, muss eine Uni auch für ausländische Studenten attraktiv sein. Das kann sie nur, wenn sie genügend Qualität vorzuweisen hat. Sicherlich geht das nicht auf allen Gebieten gleichermaßen. Aber eine Uni muss wenigstens in ein paar Forschungsbereichen hohe Standards bieten, die sie international - über Europa hinaus - bekannt machen.

Was braucht es, damit Luxemburgs Uni wirklich zur Forschungs-Uni wird?

An der Uni müssen zwei, drei Top-Forschungsgruppen arbeiten. Ich weiß noch nicht, über welche Potenziale die Luxemburger Uni verfügt, aber das ist eine sine qua non. Zudem braucht es eine moderne Lehre. Eine rein akademische Ausrichtung genügt heute nicht mehr. Es muss ein duales System geben, wie es das Gründungsgesetz der Uni Luxemburg meines Wissens ja auch vorsieht. Neben der akademischen kann der Student auch eine professionelle Ausbildung bekommen. Nicht zuletzt wünsche ich mir mehr Flexibilität. Da haben die Unis in den USA oder Großbritannien den kontinentaleuropäischen einiges voraus.

Der Bostoner Professor Philip Altbach warnt vor so

genannten Pseudo-Universitäten. Das sind laut Altbach hoch spezialisierte Unis, die sich durch Flexibilität, eine enge Wirtschaftsbindung und wenig Demokratie auszeichnen. Ein Modell für Luxemburg?

Das ist eine delikate Frage. Natürlich kann eine Uni in einer Demokratie keine Diktatur sein. Andererseits: In Spanien werden Universitätsrektoren derzeit von allen Akteuren der jeweiligen Hochschule gewählt. Das macht die Wahl extrem politisch. Die akademische Seite ist hingegen vollkommen irrelevant. Das finde ich eine Katastrophe. Dass alle über alles zu entscheiden haben, funktioniert nicht. Personen mit großen Erfahrungen müssen mehr zu sagen haben als solche, die den internen Ablauf einer Universität überhaupt nicht kennen, die aber dort studieren.

Demnach bleiben StudentInnen bei der Gestaltung außen vor?

Nein. Die Studenten sind sehr wichtig. Denn Studenten sind kritisch und unabhängiger, eben weil sie nicht angestellt sind. Meistens haben sie zudem das größere Interesse an einer guten Universität. Schließlich müssen sie sich eines Tages mit ihren Abschlüssen bewerben.

Ein Kritikpunkt der StudentInnen steht vielleicht schon fest. Die luxemburgische Re-

gierung schließt Studiengebühren nicht länger aus. Wo bleibt da die Chancengleichheit?

Mein Ideal ist: Begabte, die sich ein Studium nicht leisten können, sollen keine Gebühren zahlen müssen. Jene aber, die selbst oder deren Eltern genügend Geld haben, sollen ruhig einen Teil der Kosten tragen. Ich habe in Spanien das Studium meiner Kinder nicht bezahlen müssen - obwohl es mir mein Einkommen erlaubt hätte. Das finde ich nicht richtig. Außerdem: Eine Universität, vor allem eine gute, ist teuer. Die Studenten sollen merken, dass es Qualität nicht zum Nulltarif gibt.

Sie sind Physiker und kennen NaturwissenschaftlerInnen in aller Welt. Wie gut sind Ihre Kontakte zu den Geisteswissenschaften?

Ich glaube sehr gut. Ich habe oft Vorträge vor einem geisteswissenschaftlichen Publikum gehalten, vor Volkswirtschaftlern, Juristen und Philosophen. Mir sind die Humanisten also nicht fremd. Übrigens sind auch die Physiker, gerade die theoretischen wie ich einer bin, von den Geisteswissenschaften nicht so weit entfernt.

Ein Land, das in der Wissensgesellschaft mithalten will, braucht eine eigene Sozialforschung, heißt es. Stimmt das auch für Luxemburg?

Auf jeden Fall. Ich kenne kein Problem der Menschheit, auch wenn es technisch-naturwissenschaftliche Lösungen dafür geben mag, das nicht auch eine Perspektive der Sozialwissenschaften enthält. In diesem Sinne hoffe ich, dass die Geisteswissenschaftler in Luxemburg zunächst abwarten und wir uns kennen lernen - bevor sie mit mir allzu kritisch sind, weil ich Physiker bin. Die Uni Luxemburg muss mit der Regierung, vor allem aber mit der Gesellschaft zusammenarbeiten.

Ein Großteil der Geldmittel soll aus dem Privatsektor kommen. Haben Bereiche wie die Geisteswissenschaften, die für die Wirtschaft wenig lukrativ sind, dann überhaupt eine Chance?

Zum einen sind Geisteswissenschaften kostengünstiger als andere Fachrichtungen, weil sie bestimmte Apparate nicht brauchen. Zum anderen können Geisteswissenschaftler durchaus mit der Wirtschaft zusammenarbeiten. Es gibt immer mehr Unternehmen, die sich für Berater interessieren, die aus den Geisteswissenschaften kommen.

Sind Sie also ein Verfechter für eine stärkere Kooperation zwischen Uni und Wirtschaft?

Ich halte die Unternehmen für wichtig. Ich wünsche mir, dass sie sich für die Universität interessieren. Das darf aber nicht so sein, dass sie die Unis einfach benutzen, um dort eine preisgünstigere Arbeit machen zu lassen, die sie woanders teuer bezahlen würden.

Aber wenn Firmen zunehmend die Arbeit von Hochschulen finanzieren - was bedeutet das für die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre?

Man darf das nicht schwarz-weiß sehen. Wenn ein Unternehmen eine bestimmte Fakultät finanziell unterstützt, dann wird es logischerweise dort eine Rolle spielen wollen. Das kann akzeptabel sein oder nicht. Wenn die Unterstützung konstruktiv geschieht, die jeweilige Einrichtung einverstanden ist und die Forschung aus wissenschaftlicher Sicht eine vernünftige ist, spricht nichts dagegen. Ich habe als Präsident des Spanischen Wissenschaftsrates hunderte solcher Verträge unterschrieben. Man muss nur detailliert verhandeln und einen kritischen Blick behalten.

Im Streit um bessere Arbeitsbedingungen für Post-Graduierte in Spanien haben Sie die Konfrontation mit der Regierung nicht gescheut und mit Ihrem Rücktritt gedroht. Sind Sie ein streitbarer Mensch?

Ich bin damals zurückgetreten. Politiker sind oft nur einige Jahre für ein bestimmtes Gebiet zuständig, ich aber arbeite im Hochschulbereich seit über 30 Jahren. Für mich ist die Uni etwas sehr Ernstes. Wenn ich sehe, dass Politiker und Vorgesetzte diese nicht ernst genug nehmen, dann bin ich auch bereit dafür zu streiten.

Die Fragen stellte Ines Kurschat

Zur Person:

Rolf Tarrach (56), geboren in Valencia, unterrichtet derzeit noch Physik an der Universität Barcelona. Ab 1. Januar 2005 wird er der neue Rektor der Uni Luxemburg. Elf Monate hat es gedauert, bis die Regierung in ihm einen Nachfolger für den plötzlich verstorbenen François Tavenas fand. Das undurchsichtige Verfahren von Tarrachs Ernennung, bei dem wichtige Akteure der Uni außen vor blieben, wurde vielfach kritisiert.

Tarrach, der fünf Sprachen spricht und dessen Vater aus Norddeutschland stammt, arbeitet seit 30 Jahren im Hochschulbereich: als Dozent und Forscher, als Dekan, als Vize-Rektor und als Präsident des Spanischen Obersten Wissenschaftsrates (2002). Als Vize-Rektor der Universität Barcelona setzte er sich unter anderem für feste Arbeitsverträge für Post-Graduierte und für mehr Autonomie der Unis vom Staat ein.